

Frage 15: Sind Sie bereit, Maßnahmen zur Gewährleistung der grundrechtlich geschützten Rechte von Eltern auf Erziehung ihrer Kinder in schulischen Einrichtungen bei gleichzeitiger Wahrung des Grundrechts von Kindern auf Bildung zu unterstützen?

ÖVP

Wir setzen uns für eine familienfreundliche Gesellschaft ein, die Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung ermöglicht und qualitativ hochwertige, bedarfsorientierte Betreuung sicherstellt. Für eine echte und ehrliche Wahlfreiheit für Familien braucht es eine entsprechende Betreuung. Unser Ziel ist es, die frühkindliche Bildung und Betreuung weiter auszubauen und qualitativ zu verbessern. Mit einer Investition von 4,5 Milliarden Euro bis 2030 setzen wir uns für eine flächendeckende Versorgung mit Kinderbetreuungsangeboten ein. Zudem wollen wir ausreichend und qualifiziertes Betreuungspersonal sicherstellen, um eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige Betreuung zu gewährleisten.

SPÖ

Die SPÖ unterstützt diverse Maßnahmen zur Gewährleistung der Rechte von Eltern auf Betreuung, Erziehung und Bildung ihrer Kinder in schulischen Einrichtungen. Dabei ist die Wahrung der Kinderrechte unabdingbar.

FPÖ

Unser Motto in der Bildungspolitik ist: Bildungspflicht statt Schulpflicht!

Im Schulsystem müssen wir neue Wege gehen und neue Wege denken. Den Ideen, den Gedanken zur Bildungs- und zur Schulpolitik dürfen keine Schranken gesetzt werden. Daher wollen wir eine Bildungspflicht statt einer Schulpflicht. Künftig sollen den Schülern Bildungsziele vorgegeben werden, die sie erreichen müssen, dabei ist es unerheblich, wie sie das machen oder wo sie das machen. Die öffentliche Schule wird sicher auch hier der zentrale Ort der Wissensvermittlung sein, und an den Lehrmethoden wird sich auch nichts ändern, aber wir kommen damit von oftmals nicht zielführenden aufgeblähten Lehrplänen weg, hin zu klar definierten Bildungszielen, die gewährleisten, dass Volksschüler ordentlich lesen, rechnen und schreiben können. Ebenso werden die musischen und körperlichen Elemente unterstützt, damit Studienanfänger auch tatsächlich die nötigen Voraussetzungen für ihr Studium mitbringen. Eines der ganz großen Probleme an den heimischen Schulen sind die mangelnden beziehungsweise fehlenden Sprachkenntnisse. Klar muss sein: Deutsch ist die Grundvoraussetzung für den Schulbesuch. Uns ist es wichtig sowohl Schüler, Eltern als auch Lehrer und ihre Probleme ernst zu nehmen und dafür praktikable Lösungen zu finden.

GRÜNE

Den Anspruch auf Achtung seines Privat- und Familienlebens in Artikel 8 des EMRK nehmen wir ernst. Genauso ernst nehmen wir die Kinderrechte und das Recht eines jeden Kindes auf Bildung als Grundlage für Chancengleichheit und individuelle Entfaltung. Hier heißt es eine gute Balance zu finden. Denn nicht nur die Familie formt ein Kind. Schulische Einrichtungen leisten hier eine wichtige soziale Aufgabe. In Schulen entsteht neben Bildung auch Haltung und Gemeinschaft. Mitschüler:innen, Freund:innen und Pädagog:innen prägen und sind

neben der Familie wichtige Bezugspersonen für die Entwicklung von Werthaltungen. So entsteht Bewusstsein für gesellschaftliche Vielfalt, Respekt und Toleranz.

NEOS

Die Entwicklung eines Kindes, seine Erziehung durch die Eltern und seine Bildung in Kindergarten und Schule sind ein ganzheitlicher Prozess. Erziehung und Bildung sind daher immer auch die gemeinsame Aufgabe von Eltern und Kindergarten bzw. Eltern und Schule. Wenn Eltern sich dazu entscheiden, die Schulbildung durch häuslichen Unterricht zu erbringen, wie das in Österreich rechtlich möglich ist, dann muss sichergestellt werden, dass das Kind weder sozial isoliert noch in seinem Lernfortschritt benachteiligt wird. Unser Bestreben ist, Schule so zu gestalten, dass sie jedem Kind in seiner Individualität gerecht wird. Wo das nicht gelingt und die Eltern die Möglichkeit und Fähigkeit dazu haben, kann Heimunterricht eine wertvolle Alternative sein. Wir setzen uns für Maßnahmen ein, die das Recht auf Bildung für alle Kinder sicherstellen sollen. Dazu zählt ein Rechtsanspruch auf ein 11. und 12. Schuljahr für Kinder mit Behinderung ebenso wie die Einbeziehung von Kindern mit Behinderung in das verpflichtende, kostenlose Kindergartenjahr.

KPÖ

Das Grundrecht von Kindern auf Bildung heißt auch, dass durch die öffentliche Hand das bestmögliche Angebot bereitgestellt werden muss. Das beginnt bereits in den Kindergärten und Krabbelgruppen. Wir wollen österreichweit flächendeckend ganztägige Kinderbetreuung sowie Ganztagschulen mit kostenlosem Mittagessen. Außerdem braucht es an allen Pflichtschulen Schulpsycholog:innen, Schulärzt:innen, Schulsozialarbeiter:innen, die regelmäßig und einfach für Schüler:innen und Lehrer:innen verfügbar sind. Nur so kann Bildungsgerechtigkeit gelingen und nur so können Benachteiligungen aus dem sozioökonomischen Umfeld ausgeglichen werden.